

## Begrenzung der Migration aus dem Nahen Osten, sowie

### Nord- und Zentralafrika

## **Beschluss**

Die Flüchtlingskrise hält Europa spätestens seit Sommer 2015 in Atem. Gemäß aktueller Lage und völkerrechtlicher Einschätzung handelt es sich jedoch nicht mehr um eine "Flüchtlingskrise", sondern um eine "Bi-Kontinentale Massenmigration" aus dem Nahen Osten und den Nordafrikanischen Staaten.

Die Migration aus diesen Staaten stellt zwar kein neues Problem dar, ist jedoch seit 2015 zu einer gesellschaftlichen und europäischen Problematik geworden. Die meisten Migranten kommen aus Syrien, Irak, Afghanistan und Eritrea, aber auch Migranten aus Nordafrikanischen Staaten kommen immer häufiger nach Europa bzw. Deutschland. Die Staaten Somalia, Niger und Mali¹ nehmen zwar eine eher untergeordnete Rolle ein, nach dem Bericht des "CIA World Factbook" steht diesen Staaten allerdings eine zentrale Rolle bei den Herkunftsstaaten der Migranten zu. Betrachtet man die Anerkennungszahlen des BAMF von 2006 bis 2018 so wurden 36% der Asylanträge abgelehnt und lediglich 16% als echte Migranten anerkannt.²

 Insbesondere die unkontrollierte Zuwanderung hat für den zentraleuropäischen Kontinent ein nicht unerhebliches Sicherheitsrisiko gebracht. Bis dato ist die Identität vieler Migranten durch nicht vorhandene Ausweispapiere ungeklärt.<sup>3</sup> Die Gefahr durch IS- Kämpfer und Al Nusra Milizionären, die getarnt als Flüchtlinge in Europa einreisen, stellt eine große Gefahr für die Innere Sicherheit europäischer Staaten dar.<sup>4</sup> Aktuell fahndet die Polizei nach ca. 126.000 ausreisepflichtigen Ausländern.<sup>5</sup>

Die Umfragen aus dem Jahr 2015 wiesen noch eine hohe Akzeptanz und Bereitschaft für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland auf. So gaben 2015 51% der Befragten (Bertelsmannstiftung) an, das Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte, weil es humanitär geboten ist. Außerdem waren lediglich 40% der Befragten der Meinung, dass

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/flucht/218788/zahlen-zu-asyl-in-deutschland#Entscheidungen

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> https://www.n-tv.de/politik/Identitaet-von-vielen-Fluechtlingen-ist-ungeklaert-article19920247.html

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> https://www.n-tv.de/politik/Ermittler-identifizieren-Nusra-Kaempfer-article20014371.html

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> https://www.welt.de/politik/deutschland/article180131258/Abschiebungen-Polizei-fahndet-nach-126-000-ausreisepflichtigen-Auslaendern.html



Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen könne, weil es an seiner Belastungsgrenze ist.<sup>6</sup>

Die Bilder von ankommenden Migranten an Bahnhöfen und Grenzübergängen sind noch heute in den Köpfen der Menschen. Nach der Kölner Silvesternacht 2015, dem Terroranschlag am Breitscheidplatz 2016 und weiteren Terroranschlägen in Europa wie Paris I & II, Brüssel, London und Nizza, die in Verbindung mit Islamisten stehen, kippt die Stimmung allerdings in Europa und Deutschland. Gemäß der polizeilichen Kriminalstatistik ("PKS") 2017 sind mittlerweile 8,5% der Tatverdächtigen von Straftaten Zugewanderte.<sup>7</sup>

 Die Akzeptanz sinkt, rechte Parteien sind auf dem Vormarsch und inzwischen in Regierungsverantwortung und die Bevölkerung ist besorgt. Eine Befragung der Bertelsmannstiftung ergab 2017, dass 54% der Befragten der Meinung sind, das Deutschland keine weiteren Migranten mehr aufnehmen kann.<sup>8</sup> Die Themen Migration und Innere Sicherheit zählten zu den wichtigen Themen für die Bundestagswahl 2017. Mit etwa 57% der Befragten (Emnid- Umfrage aus Juni 2018) sind mehr als die Hälfte der Befragten unzufrieden mit der derzeitigen Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Merkel.<sup>9</sup>

Noch heute machen sich viele Migranten auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer, um vor politischer Verfolgung oder Krieg zu flüchten. Nicht wenige streben allerdings aus wirtschaftlichen Gründen eine Zukunft in Europa, besser gesagt Deutschland, an. Allein in diesem Jahr sind bereits mehr als 1500 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer verstorben. Die Schlepperei durch Nicht- Regierungsorganisationen ("NGO's") fördert die Flucht der Migranten über das Mittelmeer. Durch die Binnenmigration innerhalb Europas wandern vermehrt Migranten von den südeuropäischen Staaten in die wohlhabenden zentraleuropäischen Länder, wie bspw. nach Deutschland.

Die nachfolgend genannten Maßnahmen sollen die Humanität und Rechtstaatlichkeit

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-deutschland-willkommenskultur-war-einmala-1142147.html

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-04/polizeiliche-kriminalstatistik-2017-traftatenverdaechtige-zuwanderer-opfer

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-deutschland-willkommenskultur-war-einmala-1142147.html

 $<sup>^9\</sup> https://www.zeit.de/news/2018-06/16/umfrage-mehrheit-gegen-merkelsfluechtlingspolitik-180616-99-753194$ 

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> https://www.handelsblatt.com/politik/international/uno-organisation-zahl-der-fluechtlinge-nach-europagehtzurueck-wieder-mehr-als-1500-mittelmeer-tote/22857242.html

 $<sup>^{11}\,\</sup>underline{https://www.welt.de/politik/ausland/plus179341486/Private-NGOs-im-Mittelmeer-Welche-Rolle-spielen-siewirklich.html}$ 

 $<sup>^{12}\,\</sup>underline{\text{https://www.welt.de/politik/deutschland/article156736049/So-viele-EU-Auslaender-wie-noch-nie-kommen-nach-Deutschland.html}$ 



gewährleisten. Deutschland soll ein weltoffenes Land bleiben, in dem jeder Mensch die selben Rechte und Chancen hat.

Flüchtlinge mit einem anerkannten Asylstatus genießen besonderen verfassungsrechtlichen Schutz und besitzen das Recht auf Asyl. Ihnen muss zweifelsfrei Schutz gewährt werden. Flüchtlinge die keinen anerkannten Asylstatus besitzen sind konsequent in ihre Heimatländer zurückzuführen.

Um Migranten in die westliche Wertegemeinschaft und Gesellschaft zu integrieren, muss die Integration in Deutschland verstärkt und verbessert werden. Die Begrenzung der Migration und die Integration der Migranten gehen dabei Hand in Hand. Rein nationale Maßnahmen bei der Bewältigung und Begrenzung der Migrationsproblematik werden dabei abgelehnt. Es darf allerdings kein Tabu sein.

#### Die Junge Union Nordfriesland fordert deshalb:

# Eine sachliche, faktenbasierte Diskussion. Eine emotionale, polemische Diskussion wird abgelehnt.

#### 2. Trennung von Asyl und Einwanderung.

Wer aufgrund von politischer Verfolgung oder Krieg nach Deutschland einreist hat das Recht auf Asyl. Sobald der Fluchtgrund erlischt, hat die Rückführung in das Heimatland zu erfolgen. Dem gegenüber steht die qualifizierte Einwanderung nach festgelegten Maßstäben und Kriterien. Ein Asylbewerber kann durch (erlangte) Qualifikationen ein langfristiges Bleiberecht erhalten. Dem geht ein erfolgreich bestandener Einbürgerungstest mit Fragen zur Kultur, Geschichte und dem politischen System voraus.

3. Festlegung weiterer sicherer Herkunftsstaaten (Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien) zur vereinfachten Rückführung von Nicht- Asylberechtigten.

4. Verringerung der Fluchtursachen: Verstärkte entwicklungspolitische Zusammenarbeit, sowie eine Erhöhung internationaler Finanzhilfen für Infrastruktur, Bildung/ Beschäftigung und Gesundheit in Krisengebieten.

#### 5. Bildung von Transitzentren außerhalb der EU.

Es erfolgt eine Vorprüfung über den Asylstatus. Asylberechtigte erhalten die Möglichkeit der Einreise in die EU, Nicht- Asylberechtigten wird die Einreise verwehrt und werden zurückgewiesen.



100	6.	Austrocknung der Schlepper- Kriminalität auf dem Mittelmeer; Verhinderung
101		von NGO- Schlepperaktivitäten im Mittelmeer ("Schließung der Mittelmeerrou-
102		te").
103		Migranten soll der Anreiz genommen werden über das Mittelmeer nach Europa zu
104		flüchten. Schleppern soll das Geschäft entzogen werden.
105		
106	7.	Verbesserte Grenzkontrollen an der Schengen- Außengrenze; Stärkung von
107		Frontex.
108		
109	8.	Rückkehr zu den Maßgaben des Dublinabkommens, Erstland ist Aufnahmeland
110		+ Rückweisungskompetenz.
111		Derzeit werden über 80 % (Weltbericht 04/2017) der ankommenden Flüchtlinge in
112		die EU-Binnenländer, wie bspw. auch Deutschland, weitergesendet.
113		
114	9.	Residenzpflicht an AnKER- Zentren
115		
116	10	. Verhinderung des Asyl- Missbrauchs: Sachleistung (Essenscoupons, Gutscheine,
117		) statt Geldleistungen. Keine Schaffung von Anreizen weiterer Migration.
118		Verhinderung von Geldtransfers in die Heimatländer der Migranten.
119		
120	11	. Freiwillige Rückkehr in die Heimat stärken, Ausweisungsrecht für Gefährder
121		und Straftäter verschärfen und ausweiten.
122		
123	12	. Konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber, um die Rechtstaatlich-
124		keit und die Akzeptanz der Bevölkerung zu gewährleisten.
125		
126	13	. Kein Familiennachzug, zügige Rückführung in die Herkunftsländer.
127		
128	14	. Deutsch vor Regelunterricht flächendeckend für ganz Deutschland.
129		Kinder, die keine ausreichenden Deutschkenntnisse vorweisen, sollen in entspre-
130		chenden Klassen unterrichtet werden, bis ein ausreichendes Sprachniveau erreicht
131		wird. Das ausreichende Beherrschen der deutschen Sprache dient als Schulkriteri-
132		um. Anschließend erfolgt die Integration in normale Schulklassen.
133		
134	15	. Kampf gegen den politisch- motivierten Islam
135		Schließung von Moscheen mit Hasspredigern

• Überprüfung und ggf. Ausweisung von Imamen.

Predigten in deutscher Sprache.

• Konsequente Kontrollen über das Verbot der Auslandsfinanzierung.

136

137

138